

FLZ Nr. 01-2026
Jahrgang 48
März 2026

FLZ



ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH



Der GEW-Kommentar, hier mit dem Landesvorsitzenden Thilo Hartmann

Deutliche Zeichen setzen!

Am 27.02. hat mit den Auftaktverhandlungen die Tarifaussensetzung um den Tarifvertrag für alle angestellten Beschäftigten des Landes Hessen (TVH) begonnen.

Gerade wegen der aktuellen Situation (Einsparungen im Bildungsbereich, Verzicht auf zusätzliche Einnahmen, ...) ist eine hohe Beteiligung an Streiks, Aktionen und Demonstrationen wichtig. Und hier sind nicht nur die Angestellten, sondern auch die Beamt*innen und Pensionär*innen mehr denn je gefragt. In seinem neuesten Urteil zur Verfassungskonformität der Besoldung hat das Verfassungsgericht erstmals einen klaren, direkten Bezug zur Einkommens-/Tarifentwicklung von anderen Beschäftigten hergestellt.

Also ist klar: Eine Verbesserung der Besoldung geht über gute Tarifabschlüsse!

Insofern fordern wir nicht nur die Angestellten auf, sich an Streiks

und Aktionen zu beteiligen, sondern auch die Beamt*innen, sich dort wo es möglich ist, solidarisch zu zeigen und damit auch für die eigenen Interessen aktiv einzutreten.

Eine gute Möglichkeit bietet sich hierfür am **21. März 2026**, an dem in Frankfurt zu einer Demonstration aufgerufen wird. Vorrangig richtet sich der Aufruf an Beamt*innen und Pensionär*innen, aber auch alle anderen können sich hier beteiligen, **denn es gibt viele Gründe, für die es sich zu demonstrieren lohnt:**

- Gegen Kürzungen des Sozialindex!
- Gegen die dauerhafte Verschlechterung der Bedingungen in den Intensivklassen
- Gegen die Kürzungen an den Gesamtschulen
- Gegen eine Verschlechterung der Altersentlastung bei Lehrkräften

- Gegen einen Abbau in der Aus- und Weiterbildung
- Für einen bestmöglichen Tarifabschluss
- Für eine zeitgleiche und vollständige Übertragung des Tarifabschlusses auf Beamt*innen und Pensionär*innen
- Für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, um Bildungsbedingungen zu verbessern
- Für einen gut ausgestatteten Ganzttag, der gute Angebote ermöglicht

Kommt alle am 21. März 2026 um 12 Uhr zum DGB-Haus in Frankfurt!

Wir freuen uns, viele von Euch dort zu treffen und gemeinsam für unsere Forderungen einzutreten!

Laura Preusker und Sebastian Guttman

Sektorkorken!

Der Tarifabschluss im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) ist keiner, bei dem wir freudig anstoßen könnten. Eine Gehaltserhöhung von insgesamt 5,8 Prozent, verteilt in drei Stufen über 27 Monate bis zum 31. Januar 2028. Ab dem 1. April 2026 gibt es 2,8 Prozent mehr, mindestens aber 100 Euro, ab dem 1. März 2027 weitere 2,0 Prozent und ab dem 1. Januar 2028 nochmals 1,0 Prozent mehr. Nachwuchskräfte erhalten insgesamt 150 Euro zusätzlich pro Monat. Zulagen für Schicht- und Wechselschichtarbeit werden ebenfalls angehoben, und Arbeitsbedingungen – etwa beim Kündigungsschutz an Unikliniken – sollen angeglichen werden. Insgesamt sind rund 925 000 Tarifbeschäftigte unmittelbar betroffen, mit einer möglichen Übertragung auf Beamt*innen und Pensionär*innen sogar deutlich mehr.

Das Ergebnis ist im Detail gesehen ein Kompromiss und bringt gewichtige Punkte. Doch gemessen an den Forderungen – sieben Prozent mehr Gehalt, mindestens 300 Euro pro Monat, eine Laufzeit von zwölf Monaten und soziale Verbesserungen für geringverdienende Gruppen – bleibt die Einigung weit darunter. Die Gewerkschaften wollten darüber hinaus eine verbesserte Eingruppierung, mehr Zeitzuschläge und einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte.

Das Ergebnis hängt wie immer mit der politischen Positionierung der Länder zusammen: Sie argumentierten – wie immer – mit angeblich fehlenden finanziellen Spielräumen. Sie haben wesentliche Forderungen blockiert und ihre Verhandlungsstrategie auf die These „es ist kein Geld da“ ausgerichtet.

Schauen wir uns die Realität an: Da, wo in unserer Gesellschaft tatsächlich die Sektorkorken knallen, zeigt sich ein ganz anderes Bild. Ein starkes Beispiel ist der Rüstungssektor. Die Aktie der Rheinmetall hat über die letzten zehn Jahre eine enorme Performance hingelegt. Nach Angaben aus Finanzdatenbanken und Börsenanalysen beträgt die Gesamtrendite der Rheinmetall-Aktie über dieses Jahrzehnt mittlerweile über 2.797 Prozent, was einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von etwa 37 Prozent entspricht – gerechnet von einem

Kursniveau im Jahr 2015 bis zum Jahr 2025 bzw. 2026. Das steht in krassem Gegensatz zur Entwicklung vieler öffentlicher Beschäftigter im gleichen Zeitraum. Während Renditen spektakulär sind, blieben reale Einkommenszuwächse und Entlastungen für Beschäftigte im TV-L politisch hart umkämpft und begrenzt.

Ebenso sprechen die Daten zur Vermögensverteilung in Deutschland eine eindeutige Sprache: Seit den 1990er Jahren hat sich das Vermögen der reichsten zehn Prozent im Land inflationsbereinigt nahezu verdoppelt, während das Vermögen der unteren 50 Prozent der Bevölkerung sich kaum verändert hat. Die Vermögenskonzentration innerhalb der oberen Zehntelgruppe liegt heute deutlich über historischen Niveaus, was auf eine starke Polarisierung hindeutet.

Für die Beschäftigten in Hessen, wo die Tarifaussensetzung im TV-H noch ansteht, muss daraus die Lehre sein: Wir dürfen uns nicht mit dieser Geschichte abspesen lassen. Tarifaussensetzungen im öffentlichen Sektor sind unmittelbar politisch. Wenn fast jeder zweite Euro im Bundeshaushalt für Aufrüstung ausgegeben werden soll, können gar nicht ausreichend Mittel für Bildung, Erziehung, Infrastruktur, Soziales, Gesundheit etc. da sein.

Es liegt an uns, das zu ändern. Es liegt an uns, uns diese Mittel zurückzuholen. Es liegt an uns, wie stark wir die Tariffbewegung organisieren und wie offensiv wir Kolleginnen und Kollegen einbeziehen. Organisation, Mobilisierung und kollektive Aktionen – von Informationsveranstaltungen über Versammlungen bis hin zu Warnstreiks und Soli-Aktionen der Beamt*innen – sind der Schlüssel, um echten Druck aufzubauen.

Ohne spürbaren gewerkschaftlichen Druck bewegt sich politisch wenig. Wenn wir im TV-H mehr erreichen wollen als im TV-L, brauchen wir eine aktive, beteiligungsorientierte Kampagne, die nicht bei Absichtserklärungen stehen bleibt, sondern sichtbare Beteiligung und solidarische Aktionen erzeugt. Dazu braucht es jetzt jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied, damit wir den Sekt nicht umsonst kaltgestellt haben.

Bildungspolitik mit der Abrissbirne

Hessischer Landeshaushalt 2026:

Trotz Personalmangel und erheblicher Arbeitsbelastungen plant die Hessische Landesregierung für das kommende Jahr massive Kürzungen im Bildungsbereich. Begründet wird dies mit Konsolidierungserfordernissen: Die Einnahmentwicklung sei aufgrund der Konjunktur schlecht, und die Ausgaben seien in den vergangenen Jahren stark gestiegen.

Kürzungen in Kitas, ...

So will die hessische Landesregierung die Betriebskostenförderung an die tatsächlichen Betreuungszahlen in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege anpassen und die entsprechenden Zuweisungen an die Kommunen um 45 Millionen Euro kürzen. Dabei handelt es sich um Geld, das die Kommunen dringend brauchen: Die meisten Kitas in Hessen arbeiten nicht mit den aus pädagogischer Sicht eigentlich erforderlichen Personalschlüsseln. Außerdem fehlen in Hessen nach Berechnungen des arbeitgebernahen *Instituts der deutschen Wirtschaft* gemessen am Bedarf der Eltern 27.700 Plätze im Bereich der Kinderbetreuung unter drei Jahren.

... Schulen

Im Bereich Schule will die Landesregierung im kommenden Jahr insgesamt über 100 Millionen Euro einsparen. Rund 40 Millionen Euro weniger werden nach Einschätzung des Kultusministeriums gebraucht, weil weniger Menschen nach Deutschland fliehen. Erhebliche Kürzungen sind ausgerechnet im Bereich der Lehrkräfteausbildung vorgesehen: bereits jetzt unterrichten in Hessen 9.700 Lehr-

kräften ohne (anerkanntes) Lehramt (Abbildung 1), und der Lehrkräfte-mangel droht sich in den kommenden Jahren zu verschärfen. Konkret plant das Kultusministerium die Schließung von zwei Bildungsstätten. Steigen soll die Zahl der zu betreuenden angehenden Lehrkräfte pro Ausbilder*in. Außerdem soll der Vorbereitungsdienst von 21 auf 18 Monate verkürzt werden – und dies bei gleichbleibenden Ausbildungsstunden und Ausbildungsbestandteilen. Dies wird die sowieso schon schwierige Situation von Referendar*innen der GEW Hessen hatten 90 Prozent der rund 1.000 Teilnehmenden angeben, dass sie körperlich und emotional erschöpft sind. Mehr als 80 Prozent klagen darüber, dass sich der Vorbereitungsdienst negativ auf ihre mentale Gesundheit auswirke.

Eine weitere konkrete Maßnahme wurden in der Zwischenzeit ebenfalls bekannt, die insgesamt Kürzungen in einer erheblichen Größenordnung bis zu 40 Millionen Euro bedeuten könnten. Neben dem Wegfall der Deputatsstunde für die Erstellung eines schulischen Schutzkonzepts, die der Kultusminister bereits einräumte, wurde den Schulleitung der betrof-

... und Hochschulen

Bereits im Sommer wurde der Hochschulpakt für die Jahre 2016 bis 2031 beschlossen. Danach müssen die Hochschulen im Jahr 2026 rund 30 Millionen Euro gegenüber dem laufen Jahr einsparen (-1,3 Prozent). Bei einer unterstellten Inflationsrate von 2 Prozent entspricht dies einer realen Kürzung in Höhe von 3,3 Prozent. Für das Jahr 2027 ist bei den Ausgaben im Hochschulbereich die Rückkehr auf Niveau von 2025 geplant – auch das läuft

auf eine reale Kürzung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr hinaus. Erst ab dem Jahr 2028 sollen die Ausgaben dann wieder um 2–4 Prozent steigen. Die sich mittlerweile abzeichnenden Folgen dieser Politik sind verheerend: Die Hochschulen werden Personal und Studienplätze abbauen, und es sind bereits Pläne zur Schließung ganzer Studiengänge bekannt geworden.

Korrektur finanzpolitischer Fehlentscheidungen erforderlich

In allen Bereichen des Bildungssystems fehlen Fachkräfte. Die Überlastung von Erzieher*innen und Lehrkräfte ist mittlerweile durch zahlreiche Studien belegt. Die Betreuungsrelationen an den Hochschulen haben sich in den vergangenen 20 Jahren erheblich verschlechtert. Erforderlich wäre deshalb deutlich mehr und nicht weniger Geld für Kitas, Schulen und Hochschulen. Hinzu kommt ein erheblicher Investitionsstau in allen Bereichen der Bildungsinfrastruktur. Dieser summiert sich in Deutschland sich mittlerweile auf mehr als 150 Milliarden Euro (Abbildung 2) – genaue Zahlen für die Bundesländer und damit auch für Hessen sind leider nicht verfügbar.

Die Landesregierung wird mit ihrer Kürzungspolitik die geschilderten bestehenden Probleme verschärfen. Leittragende dieser Politik sind neben den Beschäftigten Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, denen eine angemessene Bildung vorenthalten wird.

Kai Eicker-Wolf

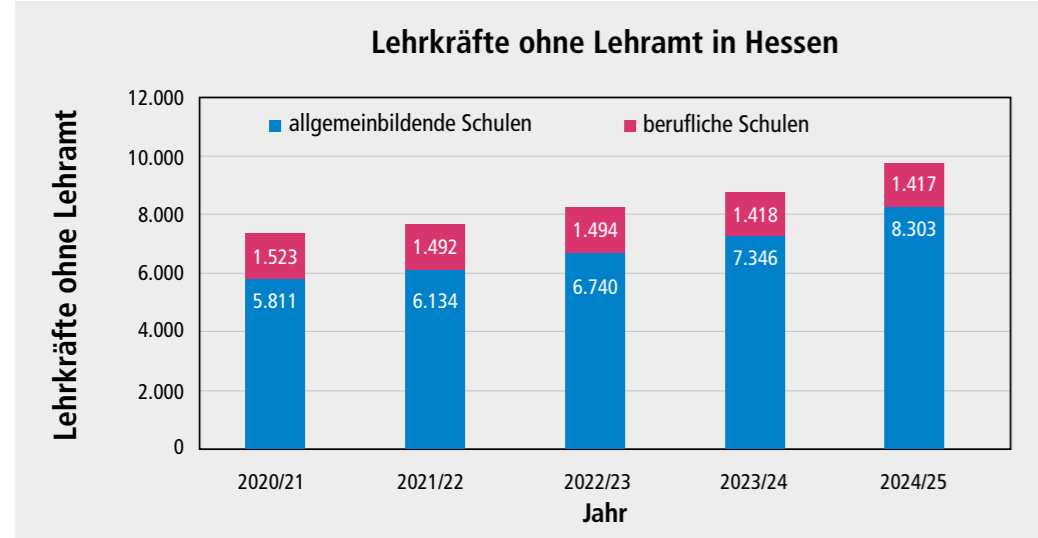


Abb. 1: Quelle Statistisches Bundesamt

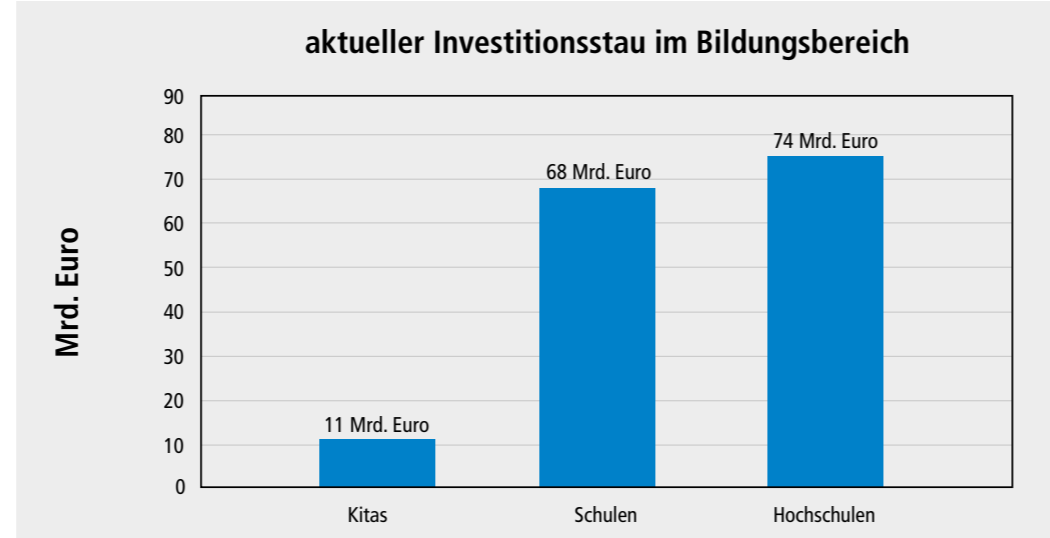


Abb. 2: Quelle Kultusministerkonferenz, KfW-Kommunalpanel

Hochschulaktionstag in Frankfurt

Gemeinsame Tarifbewegung für ausfinanzierte Hochschulen und gerechte Bildung

Am 28. Januar 2026 kamen in Frankfurt Studierende, Beschäftigte und Gewerkschafter*innen für den bundesweiten Hochschulaktionstag zusammen. Die Frankfurter Aktion war Teil eines bundesweiten Protests an über 60 Standorten. In solidarischer Unterstützung der laufenden TV-L-Auseinandersetzungen in anderen Bundesländern beteiligten wir uns auch in Hessen an den Protesten und bereiteten uns auf die eigenen Verhandlungen zum TV-H vor. Am Mittag versammelten sich zahlreiche Aktive vor dem Hörsaalzentrum der Goethe-Universität Frankfurt zur Kundgebung. Gemeinsam forderten wir ein Ende der Kürzungs- und Spar-

politik, endlich mehr unbefristete Stellen, Tarifverträge für alle Beschäftigtengruppen einschließlich studentischer Hilfskräfte (TV-Stud), sowie eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung der Hochschulen.

Ein besonders schöner Moment der Aktion war das gemeinsame Schildermalen, das von der Jungen GEW Frankfurt organisiert wurde. Auch eine 10. Klasse, die im Rahmen eines Schulausflugs an der Goethe-Universität zu Besuch war, kam dazu und half mit, Transparente und Botschaften zu gestalten.

Auf der Kundgebung hielten unter anderem Finn Glötzer von der Jungen GEW Frankfurt und Daniela Mehler-Würzbach von der GEW-Betriebsgruppe der Goethe-Uni Redebeiträge. Daniela kritisierte die geplanten Kürzungen an den hessischen Hochschulen als politisch gewollten

Angriff auf das öffentliche Wissenschaftssystem und machte deutlich, dass der Hochschulpakt zu Stellenabbau, dem Abbau von Studienplätzen und wachsender Unsicherheit für Beschäftigte führt. Sie forderte eine Abkehr von der Sparpolitik, eine ausfinanzierte Hochschullandschaft sowie bessere Arbeitsbedingungen im Rahmen der anstehenden Tarifrunde. Finn betonte die zentrale Bedeutung von TV-Stud und machte deutlich, dass gute Wissenschaft und Lehre nicht auf prekären Beschäftigungsverhältnissen beruhen dürfen.

Und am Ende wurde sogar gemeinsam gesungen: Ehrenamtliche Kolleg*innen der Bergischen Universität Wuppertal hatten den Song „Wrecking Ball“ von Miley Cyrus umgedichtet. Der Text wurde auf der Kundgebung verteilt und mit großer Unterstützung von fünf Sängerinnen

des DGB-Chors Frankfurt Provokale gemeinsam vorgetragen:

**Habt ihr nicht gesagt Bildung sei zentral sie wird niemals gekürzt
An der Hochschule, Universität Wird überall gekürzt
You came in like a wrecking ball
(Als ob die) Uni uns nicht brauchen kann
All I wanted was to do my job.
All you ever did, was wreck me,
Yeah you, you wreck me**

Luise Brunner



Daniela Mehler-Würzbach, B.u.

Kinder im KZ-Theresienstadt

Teamerinnen und Teamer vom Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1944 kommen für einen Tag in den Unterricht der 9./10. Klassen und erarbeiten in Gruppenarbeit anschaulich die Biografien von Kindern, die im KZ Theresienstadt waren. Ein Bericht.

Vorgelegt werden die Schicksale von drei jüdischen Kindern und Jugendlichen, u.a. das der noch lebende Frankfurter Zeitzeugin Edith Erbrich und von Helmut (Sonny) Sonneberg, der inzwischen verstorbene Eintracht-Legende. Die Lernkoffer enthalten zu den einzelnen Biografien symbolische Gegenstände, Tablets mit Dokumenten und Informationen zu den einzelnen Lebensläufen, die in Gruppenarbeit erarbeitet werden.

Für die Vorbereitung der Workshops stellt der Studienkreis den Lehrkräften ein Memory und ergänzende Materialien (ca. eine Doppelstunde) zur Verfügung, mit dem ein Überblick über die Judenverfolgung von 1933-1945 erarbeitet werden kann. Anhand eines Zeitstrahls lernen die Schüler*innen die schrittweise Entwicklung der nationalsozialistischen Politik kennen. Damit bietet der Workshop den Einstieg in das Thema "Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung von Jüdinnen und Juden" in der NS-Zeit insgesamt.

Die Erfahrungen in den Workshops haben bestätigt, dass die Schüler*innen durch die Auseinandersetzung mit den Einzelschicksalen auch den Zugang zu aktuellen politischen Entwicklungen bekommen. Vor dem Hintergrund von antisemitischen, antimuslimischen, rassistischen und rechtsradikalen Entwicklungen bietet der Workshop damit eine wichtige Schnittstelle zwi-

schen Geschichts- und aktuellem Politikunterricht und die Möglichkeit zu einer differenzierten Reflexion über eigene Erfahrungen.

Die Workshops werden geleitet von erfahrenen Pädagog*innen aus Geschichtslernorten und ehemaligen Lehrer*innen. Die Beteiligung von Lehrkräften der Klassen ist deshalb nicht zwingend notwendig, aber wünschenswert, um eine Nachbereitung der Inhalte zu gewährleisten. In einem Vorbereitungsgespräch wird der Ablauf vorab erläutert.

Regelmäßig wiederkehrende Buchungen einzelner Schulen zeigen, dass der Workshop auch in der momentan angespannten Nahost-Politik wichtige Erkenntnisse für die Schüler*innen liefert und den Diskurs bereichert. Zusätzlich zum Lernkoffer bietet der Studienkreis auch eine Ausstellung zum Thema an, die ausgeliehen werden kann.

Ein weiteres Angebot – Beschäftigung mit Zwangsarbeit und KZ in Frankfurt

Neben dem Lernkoffer gibt es eine weitere Möglichkeit, mit Jugendlichen einen Teilaspekt der NS-Zeit zu behandeln – das Thema "Zwangsarbeit und Konzentrationslager". In den ehemaligen Adlerwerken gibt es in der Kleyerstraße 9 im Frankfurter Gallusviertel



seit 2022 einen Gedenk- und Geschichtsort. Hier werden Führungen und Workshops für Schulen durchgeführt. Während der NS-Zeit gab es ein Konzentrationslager mitten in der Fabrik, in der überwiegend polnische Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen Rüstungsproduktion zur Arbeit gezwungen wurden. Die Mehrzahl überlebte diese Tortur nicht. Neben den KZ-Häftlingen waren in den Adlerwerken und insgesamt in der Stadt Frankfurt viele Zwangsarbeiter*innen aus verschiedenen europäischen

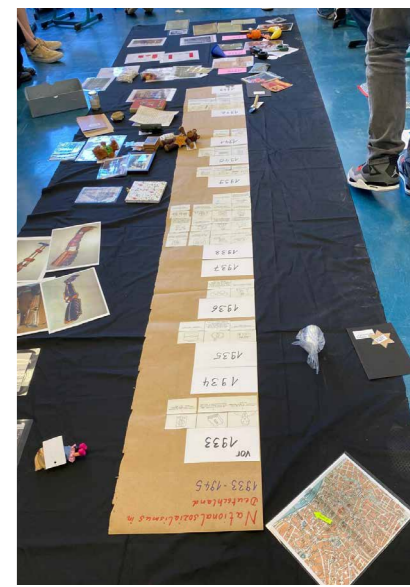
Ländern beschäftigt. Es wird auch ein Überblick gegeben, wie verbreitet Zwangsarbeit in Frankfurt war und welche Institutionen darin verwickelt waren.

Der Studienkreis Deutscher Widerstand ist Träger des "Geschichtsortes Adlerwerke. Der Workshop wurde bereits in mehreren Schulen erfolgreich durchgeführt und wird von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) unterstützt.

Elke Große Vorholt



Edith Erbrich vor der Gedenkstätte an der EZB. Im Februar wurde sie von der Großmarkthalle aus nach Theresienstadt deportiert.



Informationen zu Führungen und Workshops im Geschichtsort: paedagogik@geschichtsort-adlerwerke.de

Auch heute: Rassistische Stereotypen

FLZ dokumentiert die Rede von Joachim Brenner, Förderverein Roma e. V., am 16.12.2025 anlässlich des Jahrestags des Auschwitz-erlasses in einer gekürzten Fassung.

Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus des Bundes (MIA) dokumentiert in ihrem Jahresbericht die Zunahme von Diskriminierung und Marginalisierung. Die in 2024 beschriebenen Vorfälle sind mit 1.678 um 36 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die hessische Meldestelle verzeichnet mit 159 Vorfällen eine Erhöhung von 40 Prozent gegenüber über 2023. Antiziganistische Äußerungen haben sich verdoppelt, darunter verbale Angriffe wie Beleidigungen, Diffamierungen und Herabwürdigungen. Wir sprechen dabei von der sichtbaren Spitze des Eisbergs und gehen von einer sehr hohen Dunkelziffer nicht gemeldeter Vorfälle aus.

In dem Bericht über Antiziganismus bei der Polizei vom 4.12.2025 ist seitens MIA-Bund abschließend die Rede, dass in vielen Fällen die regelhafte Unterstellung, nämlich die Grundannahme der Kriminalität der Minderheit, für die Beamten handlungsleitend und ermittlungsrelevant ist. Daraus ergeben

sich beispielsweise anlassunabhängige Kontrollen, unterlassene Unterstützung und extreme Gewalt gegenüber einzelnen, was u. a. die in der Polizei festzustellende institutionelle Diskriminierung überzeugend beschreibt. Die Erfahrung hiermit bewirkt bei den Betroffenen die Einschätzung, dass ihnen der grundgesetzlich verbriefte Schutz versagt wird und insbesondere in Fällen von Ausgrenzung oder rassistischen Übergriffen die polizeiliche Aufnahme auf dem Revier das Opfer zum Täter macht. Im Rahmen von Sondererfassungen ist in der öffentlichen Berichterstattung der Polizei die Rede von der sogenannte Clankriminalität von Roma Familien. Die Begrifflichkeit taucht auch seitens der Kriminalpolizei bundesweit auf, wenn es um Ermittlungen bei Betrug geht. Diese Vorgehensweise ist rechtlich nicht zulässig, sie spiegelt, wie der Wissenschaftler Markus End formuliert, rassistische polizeiliche Wissensbestände wider und kolportiert und bedient so die gesamte gefähr-

liche Vorurteilspalette gegenüber Roma und Sinti. Die im Zeitraum bundesweit erfassten 215 Fälle von Diskriminierung durch die Polizei nehmen ca. 33% aller Ereignisse im Rahmen von behördlicher Benachteiligung ein und beleuchten lediglich den bekannten Teil des Sichtfeldes, das als wesentlich größer betrachtet werden muss.

Ein Viertel der Bevölkerung wählen eine rechtsextreme Partei, zudem versuchen bürgerliche Parteien nicht nur aus taktischen Gründen, sondern aus Überzeugung die AfD in ihrer menschenverachtenden Programmatik zu kopieren. Die letzte Leipziger Mitte-Studie bestätigt die Zunahme von Antisemitismus – das aktuelle Attentat in Sidney verdeutlicht diese Entwicklung – und Islamfeindlichkeit. Sie dokumentiert auch in erschreckendem Maße die latent rassistische Haltung gegenüber Roma und Sinti. Knapp die Hälfte der Befragten der repräsentativen Erhebung geben an, ein Problem zu haben, wenn sich Roma und Sinti in der Nachbarschaft aufhalten, über die Hälfte unterstellen der Minderheit Kriminalität und 40% möchten Roma und Sinti aus der Innenstadt entfernen.

Vor dem Hintergrund ist die Aussage von Bundeskanzler Merz – der bezüglich des Themas Migration auf das angeblich problematische Bild der Innenstädte hinweist – zu verstehen: sie befördert rassistische Stereotypen und bedient eilich den bekannten Teil des Sichtfeldes, das als wesentlich größer betrachtet werden muss.

Roma und Sinti. Sie leisteten damit die Voraussetzung für die spätere fabrikmäßige Vernichtung. Allein in der Nacht vom 2. auf den 3. August wurden über 4.000 Roma und Sinti – nachdem sie sich im Mai erfolgreich gegen einen Überfall der SS zur Wehr gesetzt haben – im Vernichtungslager Auschwitz vergast. Ritter starb 1951 in Oberursel. Die Ermittlungen gegen Justine 1958, unter der Ägide des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer, wurden wegen Verjährung und mangelndem Schuldbewusstsein, da sie zur Tatzeit noch eine junge Frau gewesen sei, eingestellt. Justins Promotion aus dem Jahr 1944, in der sie Kinder aus Roma- und Sinti Familien in einem Heim in Muldingen bei Stuttgart untersuchte und deren Zwangssterilisation forderte, wurde nicht berücksichtigt. Unbeachtet blieb auch die Tatsache, dass diese Kinder unmittelbar nach der Tätigkeit von Justine in Auschwitz vergast wurden.

Ritter und Justin wurden nach 1945 von der Stadt Frankfurt am Main im Gesundheitsamt beschäftigt und sind für ihre Taten nie zur Rechenschaft gezogen worden.

Kommunalwahlen im März 2026

Parteien daran messen, ob sie den begonnenen Weg der „Schulbauoffensive“ und seine Leitplanken verbessern oder nicht

Mit der letzten FLZ wurde eine Rückblende auf immerhin 36 Jahre Frankfurter Bildungspolitik unternommen. Ziel war es, die so gewonnenen Erkenntnisse für eine Verbesserung der Schulbau- und -sanierungspolitik zu nutzen und nicht nach der Kommunalwahl wieder in alte Fehler und Gleise zu verfallen.

Solche Fehler waren

- zu spät auf Veränderungsprozesse beim Bedarf durch eine wachsende Stadt zu reagieren,
- zu spät auf Veränderungsprozesse durch neue Anforderungen wie Ganztag oder Ausstattung zu reagieren,
- den fortlaufenden Sanierungsbedarf aus den Augen zu verlieren
- die nötigen Finanzmittel lange

Zeit nicht bereitzustellen und stattdessen lieber den großen Finanzinstituten die Gewerbesteuer zu senken, was bis heute über 2 Milliarden Euro (!) an Einnahmenverzicht bedeutet,

- und stattdessen auf teure Public-Private-Partnership-Modelle (PPP) oder andere Privatisierungsformen auszuweichen,
- erst sehr spät, zunächst über das Amt für Bau und Immobilien und inzwischen über eine Schulbau-GmbH die nötigen personellen Planungskapazitäten zu schaffen,
- und schließlich eine Immobilienpolitik zu betreiben, die nicht sicherstellt, dass die Stadt überhaupt über die Flächen verfügen kann, die sie für gemeinnützige Zwecke braucht. Letzteres ist in

einer Stadt, die für Immobilienspekulation viel Nahrung und Lobbyismus bietet, ein höchst umkämpftes politisches Feld – und die Parteien haben dazu sehr unterschiedliche Positionen!

Und manchmal hilft auch ein Blick in die Nachbarschaft:

Die zweieinhalb-mal größere Stadt Frankfurt als die Landeshauptstadt Wiesbaden konzentriert die Zuständigkeiten für Bildung in einem einzigen Dezernat, die Stadt Wiesbaden verteilt sie auf vier Dezernate. Konzentration kann Vorteile haben. In Frankfurt werden Probleme wie die genannten gerne personalisiert, was umso leichter zu fallen scheint, wenn es sich scheinbar auf eine Person konzentrieren lässt.

Aber wie die Auseinandersetzungen um die Berta Jourdan Schule gezeigt haben, ist manchen Parteien die berufliche Bildung anscheinend nicht so wichtig, auch wenn damit ein weiteres Problem, das der fehlenden Erzieher*innen verschärft wird.

Auch bei der Suche nach einem neuen Standort für die EZB-Schule ist Personalisierung eine Irreführung, weil in allen bisherigen Planungen sämtliche Koalitionsparteien mitgewirkt haben. Es bleibt zu hoffen, dass bald mit „Plan B“ ein Alternativgrundstück zum Gelände an der Eissporthalle gefunden wird, weil dieses „von Anfang an auf Kan- te genäht“ wäre, wie der Gutach-

ter Martin Wentz im Bildungsausschuss erläutert hat.

Trotz aller Unzufriedenheiten also, was Umfang und Tempo der „Schulbauoffensive“ angeht: „Aus Sicht der GEW wäre es fatal, wenn der begonnene Weg wieder infrage gestellt werden und dadurch weitere Zeit verloren gehen würde.“ Das hat die letzte GEW-Delegiertenversammlung festgestellt.

Herbert Storm für das Referat Kommunales

Neukonstitution der GEW – Fachgruppe Berufliche Schulen!

Nach vielen Jahren im Vorsitzendenteam der Fachgruppe Berufliche Schulen in Frankfurt zieht sich Susanne Hüttig (Staufenbergsschule) aus dem Leitungsteam zurück, um in ihren wohlverdienten Ruhestand zu gehen. Die Fachgruppe bedankt sich bei ihr für ihre langjährige ehrenamtliche Tätigkeit!

In der Fachgruppensitzung am 17.11.2025 wurden neu- bzw. wiedergewählt: Christina Kolb (Klingerschule) und Frauke Matthes (Bergjusschule), die zukünftig das Leitungsteam bilden.

In der Fachgruppensitzung stand zunächst der Austausch über die aktuelle Situation an den beruflichen Schulen im Mittelpunkt. Dabei wurde deutlich, dass sich viele Herausforderungen – trotz unterschiedlicher fachlicher Schwerpunkte – an den Schulen ähneln. Gerade dieser offene Austausch ist von großer Bedeutung, da er eine Vernetzung über die einzelne Schule hinaus ermöglicht und Raum für Diskussionen gemeinsamer Themen bietet. Zugleich eröffnet er neue Lösungsansätze und erlaubt es, von Erfahrungen anderer Schulen zu profitieren.

Inhaltlich wurde unter anderem die hohe Prüfungsdichte an den beruflichen Schulen diskutiert. In diesem Zusammenhang stieß die Verordnung vom 6. April 2023 zu den „Handlungsmöglichkeiten zur Entlastung von Lehrkräften in besonderen Belastungsspitzen durch die Verschiebung der schriftlichen Abiturprüfungen“ auf großes Interesse, da sie erstmals sowohl im Beruflichen Gymnasium als auch in der Fachoberschule Korrektorentlastungen bei Abschlussprüfungen vorsieht. Dieses Beispiel macht deutlich, dass solche Entlastungsmaßnahmen nicht von selbst entstehen, sondern das Ergebnis eines gemeinsamen, kontinuierlichen Engagements innerhalb der GEW sind.

Ein weiteres dringendes Anliegen der Fachgruppe war und wird der Schulentwicklungsplan der Beruflichen Schulen (Schulentwicklungsplan B) sein. Die Verabschiedung des letzten Schulentwicklungsplans B liegt schon einige Zeit zurück; dabei werden in der Frankfurter Berufsschullandschaft bereits zahlreiche Veränderungen angedacht bzw. erlăubt es, von Erfahrungen anderer Schulen zu profitieren.

liche Bildung in Planung, Räume in der Berta Jourdan Schule fehlen, dies ist insbesondere für ganz Frankfurt von Bedeutung, da an dieser Schule Erzieher*innen ausgebildet werden.

Thema ist auch immer wieder die mangelhafte IT-Ausstattung, der fehlende IT-Support sowie die unzureichende Fortbildung für die Einarbeitung in neue Programme und digitale Anwendungen.

Die Fachgruppe der Beruflichen Schulen trifft sich einmal im Schulhalbjahr in der Geschäftsstelle der Frankfurter GEW, Bleichstraße 38A. Die nächste Sitzung findet am Montag, 23.03.2026 um 17.00 bis 19.00 Uhr statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, an den Treffen der Fachgruppe teilzunehmen.

*Für die Fachgruppe Berufliche Schulen
Christina Kolb und Frauke Matthes*

Presseerklärung der GEW zur Verlagerung der Berta-Jourdan-Schule

Mit der Ablehnung des vom Bildungsdezernat vorgeschlagenen Umzugsprojekts für die Berta-Jourdan-Schule wird eine Verbesserung der Berufsschulsituation in Frankfurt gefährdet. Dass es konkret ausgerechnet auch noch diejenige Berufliche Schule treffen soll, die den eklatanten Erzieher*innenmangel beheben soll, ist für eine soziale Bildungspolitik besonders fatal. Der alternativ vorgeschlagene Standort ist bereits für andere Bildungseinrichtungen verplant, insofern bringt diese Lösung weder nur neue Probleme.

Zwar sind Mietmodelle generell, mit denen Investment-Fonds

Gewinne zu Lasten der Kommunen machen, kritisch zu betrachten und werden von uns deshalb grundsätzlich abgelehnt.

Solange aber der Nachholbedarf bei Schulbau und -sanierung auf einen Mangel an geeigneten Flächen stößt, bleiben kaum andere Möglichkeiten als zumindest zeitlich begrenzte Anmietungen übrig, wenn Bildung nicht vertat. Der alternativ vorgeschlagene Standort ist bereits für andere Bildungseinrichtungen verplant, insofern bringt diese Lösung weder nur neue Probleme.

Wenn fehlende Finanzmittel angeführt werden, sei an die Rückführung des 2007 gesenkten Ge-

werbesteuerbesatzes erinnert, welcher die Stadt seither rund 2 Milliarden Euro an Einnahmeverlust gebracht hat.

Wir appellieren insbesondere an die Fraktionen der Grünen und Volt, ihre Haltung noch einmal zu überdenken.

Wir sehen durchaus die Probleme. Den Vorschlag abzulehnen und dann eine schnelle Alternativlösung einzufordern, ohne einen realistisch umsetzbaren eigenen Vorschlag zu machen, ist aber kein Weg Bildungspolitik in Frankfurt verlässlich und nachhaltig zu gestalten.

Die GEW Frankfurt unterstützte die Protestkundgebung vor der Evangelischen Akademie

Dokumentiert: FRANKFURT FRIEDENSFÄHIG STATT KRIEGSTÜCHTIG

Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig. Art. 69, Hessische Verfassung

Am 3. Februar 2026 fand in der evangelischen Akademie Frankfurt eine Podiumsdiskussion mit dem Namen „Ist Frankfurt kriegstüchtig?“ statt. Mit Vertreter:innen verschiedener Bereiche des öffentlichen Lebens und Militärs soll ausgelotet werden, inwiefern die Stadt Frankfurt bereits einen Beitrag zur „Kriegstüchtigkeit“ leistet. Leitgedanke ist dabei die Militarisierung aller zivilgesellschaftlichen Bereiche gemäß dem „Grünbuch für zivilmilitärische Zusammenarbeit“ der Bundesregierung. Laut Polytechnischen Gesellschaft Frankfurt wird diskutiert, wie „kriegstüchtig“ wir sind und nicht ob wir es sein wollen.

In der Öffentlichkeit wird das "Wie" seit geraumer Zeit bereits vermittelt: Katastrophenschutz und Feuerwehr sollen sich bereit machen, Leichen aus Bombentrümmern zu bergen.

Krankenhäuser sollen ihre Funktionsfähigkeit als erweiterte Feldlazarette unter Beweis stellen.

GEW-Beitrag 3.2.2026 vor der Evangelischen Akademie

Auf unserer GEW-Veranstaltung am 26. November 2025 im DGB-Haus haben wir uns die Frage gestellt:

Wie sieht unsere Antwort auf die zunehmende Militarisierung unserer Gesellschaft und die Verschärfung der sozialen Gegensätze aus?

Die reinen Zahlen sind schon gespenstisch: Verdreifachung der EU-Rüstungsausgaben! Aber der Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar, sagt Merz. Die NATO Vorschlag im letzten Jahr 1,588 Billionen Dollar!

Geplant sind in den nächsten 4 Jahren: 42 Prozent des Bundeshaushalts fürs Militär; gleichzeitig Schulen in Höhe von 378,1 Mrd. Euro. Und die auch noch für die unproduktivste „Investitions“ gattung:

- Militär verbessert die Lebensbedingungen nicht, Militär taugt nur zum Zerstören
- Militär ist der ökologie-feindlichste Wirtschaftszweig
- Militär trägt zum Wertverlust und damit zur endlosen Verlängerung dieser Ausgabenorte bei
- Militär verschleißt und veraltet schnell und produziert deshalb hohe Renditen
- Militär hinterlässt den kommenden Generationen eine kaputte Infrastruktur und hohe Schulden

Ein einziger Leopard-Panzer kostet fast 30 Millionen Euro – damit kann man eine Grundschule bauen.

Sie reden von „Investitionen“, doch in Wirklichkeit stellen Fregatten und Kampfflugzeuge eine ungläubliche Verschwendung öffentlicher Gelder dar.

Sie sind ökologisch, ökonomisch, sozial und human die schlechteste Antwort auf die Probleme der Menschheit.

Kirchenangehörige sollen den Krieg schön predigen und heiligsprechen.

In Schulen sollen Luftschutzübungen trainiert, Kindern die vermeintliche Alternativlosigkeit des Krieges eingetrichtert und für die Wehrpflicht rekrutiert werden.

Das Schienen- und Straßennetz sowie die Flughäfen Hessens sollen vereinmahnt werden, um das Land als „Drehkreuz“ für den Transport von Truppen und Kriegsgerät im Südwesten zu etablieren.

2025 wurde diese versuchte Indiennahme des Zivilen in Hamburg erprobt. Mit der öffentlichen NATO-Übung „Red Storm Bravo“ sollte die gesamte Stadtbevölkerung an den Kriegszustand gewöhnt und damit die schrittweise Zustimmung zum Unzustimmbar hergestellert werden.

In Frankfurt und Hessen soll diese Normalisierung nun, parallel zur undemokratischen und kriegsstiftenden Stationierung von US-Mittelstreckenraketen, durch eine

Diskussionsveranstaltung vorange-trieben werden.

Doch in Hamburg und Frankfurt gilt: Ohne die Zivilbevölkerung ist der Krieg nicht fährbar! Das beherzigte NEIN jeder und jedes Einzelnen zur Kriegsvorbereitung hat somit wesentliche Bedeutung für die Schaffung des Friedens und ist zugleich ein entschiedenes JA zu der zentralen Lehre aus Faschismus und Weltkrieg: Verwirklichung einer zivilen, globalen Entwicklungsperspektive, wie sie in der UN-Charta, im Völkerrecht, im deutschen Grundgesetz und der Hessischen Verfassung festgehalten ist.

Das bedeutet konkret die Herbeiführung einer humanistischen Orientierung aller zivilen Lebensbereiche. Es geht um Schulen und Hochschulen, in denen freudvoll und solidarisch für die menschenwürdige Entwicklung unserer Lebensgrundlagen gelernt und geforscht wird.

Es geht um funktionierende Verkehrsinfrastruktur, die im Prozess der sozial-ökologischen Transformation das Recht auf Mobilität für alle Menschen verwirklicht.

Es geht um einen zivilen Flughafen, der die internationale Ver-

netzung der Menschheit entgegenrassistischer Erzählungen und für umfassende Völkerverständigung ermöglicht.

Es geht um ein dem Menschen zugewandtes Gesundheitssystem, das mit ganzheitlichem Ansatz präventiv Menschen gesund hält.

Es geht um eine soziale, menschenwürdige und weltoffene Stadt, die mit Städtepartnerschaften international Brücken baut für die Freundschaft aller Völker.

Wir fordern und wirken für die Verwirklichung des Folgenden:

- Beendigung aller Kriegsvorbereitungen im Sinne des Artikel 69 der hessischen Verfassung. Ein Ende aller Militärmanöver und NATO-Übungen.
- Stopp aller Rüstungsexporte und Konversion aller Rüstungsproduktion in gesellschaftlich sinnvolle Arbeit
- Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen innerhalb von Hessen sowie ganz Deutschland
- Aufbau von Städtepartnerschaften mit Städten in aller Welt. Insbesondere Palästina zur Förderung der Völkerverständigung und den Wiederaufbau.

Gegen den Fernbahntunnel – warum?

Am 19. Februar 2026 wollten sich mehrere Organisationen und Initiativen mit einer Veranstaltung im Gallus-Theater in den Kommunalwahlkampf einschalten, um auf die verheerenden Folgen eines weiteren Dinosaurier-Projekts hinzuweisen, das bereits jetzt Millionen von Euro und viele Planungskapazitäten verschlingt: den Frankfurter Fernbahntunnel.

Leider musste dieser Termin wegen eines Streiks im ÖPNV abgesagt und auf einen neuen Termin verschoben werden.

Auch der GEW-Stadtverband Frankfurt unterstützt das Engagement gegen den Fernbahntunnel, und das aus mehreren Gründen.

Die GEW als Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes ist grundsätzlich immer dann betroffen, wenn staatliche Gelder verschleudert werden. Denn diese Gelder fehlen dann bei der staatlich finanzierten Bildung. In Bezug auf den Fernbahntunnel wäre dies eine Größenordnung von über 10 Milliarden Euro (ähnlich wie bei Stuttgart21). Darüber könnte gestritten werden, wenn ein derartiges Großprojekt in sinnvoller Weise den öffentlichen Verkehr befördern würde.

Dies aber ist nach Meinung von kritischen Expert*innen nicht der Fall. Schlimmer: Die Öffentlichkeit wird regelrecht getäuscht, wie der Kasten zeigt.

Herbert Storm

Ein Fernbahntunnel in Frankfurt würde

- keine 8 Minuten Beschleunigung im Fernverkehr bringen, wie ursprünglich behauptet
- für Frankfurt pikanterweise die Streichung als „Taktbahnhof“ bedeuten
- 10 Jahre und länger den Verkehr in FFM erheblich beeinträchtigen und die Verkehrswende gefährden
- beim Brandschutz und den Fluchtwegen enorme Gefahren heraufbeschwören

- das Grundwasser beeinträchtigen
- durch seine Mammut-Größe enorme Finanzen verschlingen, die bei Weichen, Gleisen, Stellwerken und beim übrigen Personal fehlen
- die oberirdische Verbesserung der Kapazitätsauslastung durch die Fortsetzung der gegenwärtigen Fehlplanung verhindern

Informationen aus dem Hauptpersonalrat

Versetzungsverfahren 2025 – LTV und VersHessen

Die Gesamtzahl der Versetzungsanträge hat sich auch in diesem Jahr erneut verringert. Die Versetzungsquoten sind in nahezu allen Bereichen annähernd geblieben. Auffällig ist, dass die Quote bei LTV AUS (20%) deutlich geringer ausfällt als bei LTV EIN (37%). Bei VersHessen gab es folgende Versetzungsquoten: GYM: 304 Anträge, 104 Versetzungen (34%); BS: 89 Anträge, 24 Versetzungen (25%); G: 189 Anträge, 81 Versetzungen (43%); HR: 243 Anträge, 98 Versetzungen (40%); FS: 95 Anträge, 34 Versetzungen (36%) Auch in der angelaufenen Versetzungsrunde 2026 wird wieder von Problemen bei der digitalen Antragsform berichtet.

Stand der Dinge Arbeitszeiterfassung

Es liegt der Bericht von der Fortbildung zur Arbeitszeiterfassung vor, wonach deren Einführung aufgrund europäischer Vorgaben als geltendes Recht gilt und auch Schulleitungen sowie Funktionsstellen umfasst; der Initiativantrag des HPRS soll überarbeitet und weitere rechtliche Schritte geprüft werden. Ansonsten ist zurzeit auch von Seiten der Dienststelle wenig Bewegung bei diesem Punkt.

Erlass zum Zuweisungsfaktor für die Ausbildung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst in Hessen (Erlass zum Ausbildungsfaktor)

Der neue Erlass des HMKB zur geplanten Absenkung des Ausbildungsfaktors zum 1.2.2026 wurde in mehreren Sitzungen erörtert. Dazu hatte der HPRS Sachverständige aus verschiedenen Studienseminaren eingeladen. Zur geplanten Absenkung des Ausbildungsfaktors von 4,9 auf 4,3 wurde festgestellt, dass die Plausibilität der Berechnungen nicht schlüssig ist und rechnerische Fehler vorliegen. Der HPRS sieht die Maßnahme als erhebliche Mehrbelastung für Ausbilderinnen und Ausbilder zu Lasten der Qualität für die Ausbildung der

Gespräch mit

Herrn Kultusminister Schwarz

Zum Thema Kultusministertgespräch wurde schon ausgeführt, dass dieses traditionell nur einmal im Jahr stattfindet. Anfang Dezember gab uns Kultusminister Schwarz samt seiner Entourage aus Dezernent:innen aller wichtigen Ressorts die Ehre. Leider gleich zu Beginn schon verkürzt auf nur 90 Minuten statt der gewohnten 120 Minuten. Zunächst wurden die vielfach angekündigten aber noch nicht konkretisierten haushaltsbedingten Einsparmaßnahmen thematisiert. Eine Überraschung war dabei auch die Zuschlags-Kürzung im Bereich Binnendifferenzierung an Gesamtschulen.

Des Weiteren erinnerte der Vorsitzende an die bestehende Zusage zur Absenkung des Klassenteilers in I-Klassen von 18 auf 16 Schülerinnen und Schüler. Weitere inhaltliche Schwerpunkte des Gesprächs waren die Arbeitsbedingungen an Schulen, insbesondere die Kompensation immer neuer Aufgaben, vermehrte psychosoziale Auffälligkeiten bei Schüler*innen sowie Fragen zu Qualifizierungsmaßnahmen zur Lehrkräftegewinnung und die damit verbundene Gefahr der Entprofessionalisierung.

Zudem wurden Inklusion und sonderpädagogische Förderung mit Blick auf Bildungsungleichheit, Ressourceneinsatz und Bürokratieabbau diskutiert.

Weitere Themen waren Digitalisierung und damit verbunden der längst überfällige Austausch der digitalen Leihgeräte in neue Endgeräte für Lehrkräfte und Sozialpädagog*innen sowie Ausbilder*innen. Auch der Einsatz und die Rolle von UBUS/BÜA-Kräften, der Rechtsanspruch auf Ganztag sowie schulformspezifische Belastungen, etwa bei Korrekturen im Gymnasium kamen zur Sprache.

Aktuelle Probleme mit digitalen Schulverwaltungstools

Es werden weiterhin bestehende Probleme mit digitalen Schulverwaltungstools mit der Dienststelle thematisiert, insbesondere bei Versetzungsanträgen über E-Recruiting. Auch die Kopierfunktion bei der Reisekostenabrechnung über Nzük ist derzeit nicht für alle Nutzer*innen freigeschaltet.

SDS FFM

Vom Verlust geschützter Räume: Wie digitale Tools Einfluss auf unser Leben nehmen

Längst haben wir uns daran gewöhnt. Ohne Handys und Co geht nichts mehr. Ob auf dem Heimweg, in der U-Bahn, im Wartezimmer beim Arzt, im Lehrerzimmer, beim Spaziergang, Handys belästigen mit unnötig lauter Geräuschkulisse, entbehrlischen Informationen und unfreiwilliger Teilnahme an Minifilmchen. Man muss mit anhören, welchen Fortschritt die Ehekrise wildfremder Menschen annimmt, und wird bei Selfies oder Bild- und Tonaufnahmen im öffentlichen Raum zur wehlosen Hintergrundinformation. Selbst im eigenen Auto ist man nicht vor solcher Art Missbrauch geschützt. Gesagtes kann ohne Einverständnis heimlich bis heimtückisch aufgenommen, ungefragt bearbeitet, nach speziellen Bedürfnissen zusammengeschnitten und zum Schaden anderer weitergeleitet werden.¹ Ein entsprechendes moralisches oder ethisches Empfinden, das dem entgegenwirkt, scheint nicht mehr flächendeckend zu existieren. Spontane Bedürfnisse und Befindlichkeiten können mithilfe digitaler Tools unmittelbar bedient und befriedigt werden.

Die Entsicherung geschützter Räume

Die auf diese Weise gewonnene Information rückt in den Vordergrund, die zum Teil kriminelle Art und Weise der Beschaffung wird nicht mehr hinterfragt. Und schon gar nicht mehr als das bewertet, was sie eigentlich ist: Bespitzelung, wie in längst vergangen geglaubten Zeiten. Überwachung. Auch im Privatleben. Hier wird ein eigentlich sicherer Raum mit Vorsatz entichert. Dies ist zumindest ein Verstoß gegen die Persönlichkeitsrechte, das Recht auf ein Leben in Würde, auf körperliche und seelische Unversehrtheit, eine eigene Meinung, individuelle persönliche Gefühle. Durch die Möglichkeiten, die digitale Tools bieten, hat sich das kollektive Urteilsvermögen darüber, was man tun darf oder nicht, verändert. Auch das wichtige Thema Datenschutz bleibt vielfach außen vor. Die geschützten Räume sind uns abhandengekommen.

Jeder, auch die Jüngsten, haben Zugang zu dieser Technik. Sie ist nicht nur ständig verfügbar, sondern zudem auch leicht anwendbar. Handlung reduziert sich auf das Drücken von Tasten. Nach Hartmut Rosa ist dies kein selbstbestimmtes Handeln, sondern nur mehr ein Vollziehen², in dem sich der Meister über sein Tun zum Ausführenden

reduzieren lässt. Wer eine Maschine bedient, folgt den Regeln ihres Programms. Er muss die Maschine, das Programm am Laufen halten, um gewünschte Ergebnisse zu erreichen. Der aus dieser Konstellation entstehende Mangel an Situationssensibilität verhindert Resonanz und damit Anverwandlung von Welt³, von realer zwischenmenschlicher Realität. Zunehmende Entfremdung, gleichsam Entmenschlichung, sind die Folge. Vieles, was Menschsein ausmacht, geht darüber verloren, Wahrheit, Kreativität, Fantasie, Individualität zum Beispiel, vor allem aber das Ausbilden von Selbstverantwortung, Gewissen und Moral.

Niemand ist davor gefeit, erst recht nicht die, zu deren Schutz wir konsequent verpflichtet sind, unsere Kinder. Auf sie sollten wir unser stetes Augenmerk legen und ihre Umgebung entsprechend geschützt gestalten. Das sind wir, Eltern, Lehrkräfte, Onlinedienst-Anbieter, Justiz, der Staat, ihnen und uns schuldig. Stattdessen führen Bedarfe, aus der Wirtschaft heraus generiert, zu einer verstärkten Digitalisierung und schließen ausdrücklich das Thema Bildung mit ein. Seither stehen Schulen massiv unter Druck, dieser Forderung nachzukommen, obwohl sie aus pädagogischer, soziologischer und psychologischer Sicht zumindest fragwürdig erscheint. Was zählt, sind Klicks, zur Bereicherung von Tech-Milliardären.

Man muss sich klar machen, dass sie nicht erfunden wurden, um Menschen zu helfen, sondern auch um Geld zu verdienen ...

Dämme gegen die Flut: Das Zurückrudern hat begonnen

Schweden, einst das digitale Vorreiterland Europas, rudert seit längerem zurück: „Die Annahme, dass die Digitalisierung, die von der schwedischen Bildungsbehörde erwarteten positiven Effekte haben wird, ist nicht evidenzbasiert, d.h. nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhend.“⁴ Von der Nutzung sozialer Medien wird hier noch gar nicht gesprochen. In Zeiten von WhatsApp, Facebook, X, Instagram, TikTok, Snapchat, YouTube, Slop etc. potenziert sich das Problem. Die unangemessene Fülle an Reizen, die inhaltliche Überforderung, die zeitliche und räumliche Entgrenzung, die suchtauslösende Komponente, das fehlende

reale Gegenüber, die Formen des Missbrauchs, die Verbreitung (kinder)pornographischer Inhalte,⁵ der Mangel an benutzerdefinierten Regeln, überfordert, beeinträchtigt das Lernen wie das Leben und macht krank.⁶

Wo ein Wille ist, ist ein Weg

Seit dem 10. Dezember 2025 herrscht in Australien ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren. Nur einen Monat später sind bereits messbare Unterschiede zu erkennen und die Regierung sieht sich in ihrer Entscheidung bestätigt. „Wir wollen, dass unsere Kinder eine Kindheit haben – und dass Eltern wissen, dass wir hinter ihnen stehen.“⁷

Es ist der australischen Regierung gelungen, die Anbieter von Online-Diensten wie TikTok oder Instagram etc. dazu zu verpflichten, die Daten von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren zu löschen und angemessene Maßnahmen zur Einhaltung dieser Vorschriften zu ergreifen. Ansonsten drohen Strafen im unteren zweistelligen Millionenbereich. Nach Angaben der Behörden wurden seit Inkrafttreten des Verbots 4,7 Millionen Onlinedienst-Kontakte blockiert.⁸ Australische Schülervereine stehen nicht einheitlich hinter diesem Vorgehen. Sie kritisieren den Fokus auf Jugendliche und berufen sich auf die selbstbestimmte Informationsbeschaffung.⁹

Ich bin gegen ein Verbot. Ich finde, man soll selbst entscheiden, was man machen möchte und was nicht, und herausfinden, was für einen gut ist und was nicht ...

„Die Gehirne unserer Kinder und Jugendlichen stehen nicht zum Verkauf.“

Australiens Beispiel zeigt: Es ist möglich, schädliche Entwicklungen durch Verbote aufzuhalten. Wenn der Boden bereitet ist, Fachleute gehört, Eltern und Lehrkräfte in ihren Erziehungsaufgaben unterstützt, die Justiz ermächtigt wird, entsprechend vorzugehen, und Zahlen wie Fakten ihre Sprache sprechen dürfen. Für Online-Dienste gelten in Australien nun ähnliche Regeln, wie sie für kommerzielle Produkte und Dienst-



leistungen anderer Medienanbieter schon länger bestehen.¹⁰

Nach gravierenden Fällen von Gewalt und Suiziden unter Jugendlichen folgt Frankreichs Regierung nun dem Beispiel Australiens und erlässt Gesetze, die die Nutzung sozialer Netzwerke für Jugendliche einschränken. Diese sollen im Herbst 2026 für unter 15-jährige in Kraft treten.¹¹ „Die Gehirne unserer Kinder und Jugendlichen stehen nicht zum Verkauf“, sagte Macron.¹²

In die Sache ist Bewegung gekommen. Auch das britische Oberhaus stimmte kürzlich für ein Social-Media-Verbot für Nutzer unter 16 Jahren. 74% der Brit:innen unterstützen eine solche Maßnahme.¹³ Spanien, Griechenland, Österreich u. a. wollen Konsequenzen ergreifen.¹⁴ Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez begründete den Schritt mit dem Schutz von Minderjährigen folgendermaßen: „Unsere Kinder sind einem Bereich ausgesetzt, zu dem sie niemals unbeaufsichtigt Zugang haben sollten.“¹⁵

Dabei braucht man aber Hilfe, umso mehr, je jünger man ist. Eltern, Lehrer, das Internet selbst und die Polizei könnten die Kinder und Jugendlichen unterstützen. Eltern könnten klare Regeln geben, z. B. wie viel Zeit man im Internet verbringen darf, die Lehrer könnten uns beibringen, worauf man achten muss, und die Polizei könnte Hilfen anbieten, um Gefahren auszuschließen ...

EU als Bremse?

In Deutschland ist außer einem Handyverbot an Schulen noch nicht viel passiert. Ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche gibt es demnach noch nicht, wengleich

sich die Befürwortenden mehren.¹⁶ Auch hat sich Karl Lauterbach zu Wort gemeldet: „Die Schäden für Kinder und Jugendliche sind gut belegt und zum Teil nicht wieder gut zu machen“. Eine Debatte über ein Verbot von Online-Netzwerken für Kinder und Jugendliche sei auch in Deutschland „überfällig“. Bundesbildungsministerin Karin Prien will bis Mitte des Jahres Vorschläge für den Schutz von Jugendlichen im Netz vorlegen.¹⁷

Derzeit wird auf EU-Ebene die rechtliche Basis eines Verbots geprüft und Frankreichs Alleingang getadelt.¹⁸ Der Digital Services Act (DSA) der EU verpflichtet Plattformen, Minderjährige besonders zu schützen, nennt jedoch kein Mindestalter. Die Datenschutzverordnung besagt, dass Jugendliche erst ab 16 Jahren in die Nutzung ihrer Daten einwilligen können, vorher müssen das die Eltern tun. Alterskontrollen gibt es nicht.¹⁹ Im Vorfeld wurde ein Maßnahmenkatalog zusammengestellt, der z. B. verlässliche Altersbeschränkungen, kindgerechte Vorstellungen, Einschränkung suchtfördernder Funktionen sowie Support-Tools für Eltern anbieten soll. All dies ist zum jetzigen Zeitpunkt jedoch rechtlich nicht bindend. Der DSA plant, Online-Plattformen zur Einhaltung einheitlicher Vorgaben zu verpflichten. Bei Zuwiderhandlung muss mit empfindlichen Strafen gerechnet werden.²⁰

Die notwendigen Regeln kommen wohl. Wer jedoch glaubt, die zugrunde liegenden Probleme mit einem Verbot generell lösen zu können, irrt gewaltig. Erzieherisches Wirken besonders in Elternhäusern, aber auch in Bildungseinrichtungen, ist weiterhin maßgeblich.

Eva Maria Wehrheim, Mitglied der AG „Gegen die Ökonomisierung der Bildung“



Pressekonferenz des Aktionsbündnisses am 21.11.25 in der Max-Beckmann-Schule

Beutelsbacher Konsens verpflichtet nicht zur Wertneutralität

Die GEW Frankfurt unterstützt den offenen Brief der Schülis gegen Rechts, der Schulleiter*innen dazu aufruft, im Kommunalwahlkampf keine Vertreter:innen der AfD zu etwaigen Podiumsdiskussionen einzuladen.

Nun ist allerdings damit zu rechnen, dass sich die AfD gegen eine Nicht-Einladung wehren wird. Die AfD begründet ihr vermeintliches Recht, zu Podiumsdiskussionen eingeladen zu werden, in der Regel mit einem vermeintlichen „Neutralitätsgebot“, das in Schulen gelte.

Dieses leitet die AfD-Hessen auf ihrer Internetseite „Neutralität statt Ideologie!“ aus zwei Quellen ab: zum einen aus dem Beutelsbacher Konsens. Zum anderen aus rechtlichen Quellen: Sie benennt auf der genannten Seite die Hessische Landesverfassung, das Hessische Schulgesetz und das Beamtenstatusgesetz.

Zunächst ist der Beutelsbacher Konsens kein Gesetz, sondern das Ergebnis einer Einigung, die 1976 im Rahmen einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg unter der Mitwirkung von Politikdidaktikern entstanden ist. Er benennt drei Prinzipien politischer Bildung (auch an Schulen), die immer noch als verbindlich gelten können.

1. Lehrkräfte dürfen Schüler*innen nicht ihre Meinung oktroyieren (Überwältigungsverbot);
2. was in Wissenschaft und Gesellschaft kontrovers diskutiert wird, soll auch in der Schule kontrovers diskutiert werden (Kontroversitätsgebot);
3. und schließlich sollen Schüler*innen in die Lage versetzt werden, in einer politischen Situation ihre eigene Interessenlage zu analysieren (Lernendenorientierung).

Um es gleich mit Politikdidaktiker Steve Kenner vorwegzunehmen,

der es in einem Interview mit der GEW vom 24.9.2024 auf den Punkt bringt: „[A]us dem ‚Beutelsbacher Konsens‘ lässt sich kein Gebot zur Neutralität ableiten“.

Anders als die AfD es behauptet, erlaubt das Überwältigungsverbot Lehrer*innen sehr wohl, ihre Meinung im Unterricht zu äußern. Anstatt den eigenen Standpunkt hinter der Fassade der Neutralität mehr oder weniger gut zu verbergen, halten es einige Politikdidaktik:innen sogar für notwendig, dass sie diesen als selbstbewusste Demokrat:innen ausdrücklich ausweisen, wie das Kerstin Pohl in einem Aufsatz zum Kontroversitätsgebot weiter ausführt. Lehrkräfte dürfen die Schüler*innen dabei eben nicht indoktrinieren.

Auch aus dem Kontroversitätsgebot lässt sich kein „Neutralitätsgebot“ ableiten. Die Kontroversität hat ihrerseits Grenzen. Zum einen gilt die Notwendigkeit der didaktischen Reduktion – es können nicht alle erdenklichen Positionen abgebildet werden. Zum anderen gibt es inhaltliche Grenzen. Zu diesen schreibt Pohl:

„Alle politischen Bildnerinnen und Bildner sind sich einig, dass in der politischen Bildung [und sie meint hier auch die schulische politische Bildung] nicht jede Position als legitime Position dargestellt werden muss. Vor allem menschenverachtende Meinungen dürfen nicht gleichberechtigt neben anderen stehen. [...] Hier sind politische Bildner:innen aufgefordert, Position für die Menschenwürde zu beziehen“[1].

Es ist also Aufgabe der Lehrkräfte, menschenverachtende, diskriminierende Positionen als solche zu benennen.

Das alles zeigt, dass sich aus dem Beutelsbacher Konsens – anders als von der AfD behauptet und suggeriert – kein sogenanntes Neutralitätsgebot herleiten lässt. Die

AFD instrumentalisiert den Beutelsbacher Konsens vielmehr, um eine kritische Aufarbeitung ihrer menschenverachtenden Ideologie an den Schulen verächtlich zu machen und Lehrkräfte einzuschüchtern.

Und die einschüchternden Kampagnen der AfD für „Neutralität in Schulen“ zeigen Wirkung. Die Sendung „Kontraste“ berichtete am 6. November ausführlich, ebenso der „stern“ am 30.10.2025.

Auch die AfD Hessen will in diesem Sinne wirken. Sie liefert auf ihrer Seite einen sogenannten „Informationsleitfaden zur Selbsthilfe!“. Sie motiviert Schüler*innen dazu, Verstöße gegen das vermeintliche Neutralitätsgebot genau zu dokumentieren, Zeugen für den „Vorfall“ zu benennen, das Gespräch mit der Lehrkraft zu suchen und sich gegebenenfalls, schriftlich an „den Schulleiter“ oder das Staatliche Schulamt zu wenden.

Das verunsichert auch Lehrer:innen, Schulleitungen und möglicherweise auch Staatliche Schulämter. So berichtete Sandra Busch anlässlich der Diskussion um eine Podiumsdiskussion mit AfD-Beteiligung an einem Frankfurter Gymnasium am 3.2.2025 in der Frankfurter Rundschau, dass der Schulleiter dieses Gymnasiums gesagt habe, „[d]ie AfD vertrete Werte, die nicht mit den Werten der Schule in Einklang zu bringen seien. Im Sinne des Neutralitätsgebots müssen wir sie aber einladen“, sagt [der Schulleiter]. Es müsse dem Staatlichen Schulamt gemeldet werden, dass alle im Bundestag vertretenen Parteien eingeladen worden seien.“

Deshalb hat die GEW Bund mit Bündnispartner*innen am 5.11. die Petition „Schule zeigt Haltung – Lehrkräfte stärken gegen Hass und Hetze“ gestartet, deren Ziel ist, dass Lehrkräfte und Schulleitungen

in ihrem demokratischen Bildungsauftrag gestärkt werden. Sie fordert darin „deutliche und sichtbare Rückendeckung von den zuständigen Ministerien und Schulaufsichtsbehörden“.

Um diese Haltung zu zeigen, unterstützt der Stadtverband der GEW Frankfurt den offenen Brief der Schülis gegen Rechts.

[1] Kerstin Pohl: „Kontroversität: Wie weit geht das Kontroversitätsgebot für die politische Bildung?“ (2015).

URL: <https://www.bpb.de/lernen/politische-bildung/193225/kontroversitaet-wie-weit-geht-das-kontroversitaetsgebot-fuer-die-politische-bildung/>

Gewerkschaften und Rechtsextremismus

Fachtagung GP1405 | Frankfurt
Do, 19. März 2026 | 10 bis 17 Uhr
Erlangt 10,- € | Gewerkschaftsmitglieder 5,- € (inkl. Verpflegung)

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

GEW
Hessen

Bei der Bundestagswahl 2025 konnte die rechtsextreme AfD bundesweit über 20 Prozent der Stimmen erreichen. In aktuellen Umfragen ist sie zum Teil sogar stärkste Kraft. In den USA schreitet der autoritäre Staatsumbau unter Trump voran. Autokratien sind weltweit auf dem Vormarsch und auch in Deutschland stellen Migrationsabwehr, Abbau von Sozialstaat und Arbeitsrechten, verbale Angriffe auf Minderheiten und Opposition eine Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat dar.

Wie können Gewerkschaften dazu beitragen, dass Menschenrechte und demokratische Haltungen gestärkt werden? Wie können Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Menschenfeindlichkeit in Betrieb und Gesellschaft zurückgedrängt werden? Welche Bedingungsfaktoren haben den Aufstieg der Rechtsextremen ermöglicht? Welche Bündnisse und Gegenstrategien sind jetzt nötig, um ihn aufzuhalten?

Diese und weitere Fragen wollen wir am 19. März 2026 gemeinsam diskutieren. Dazu haben wir Expert*innen eingeladen, die aus wissenschaftlicher und gewerkschaftlicher Perspektive ein Schlaglicht auf Gewerkschaften und Rechtsextremismus werfen. Mit Vorträgen, Diskussionen und Workshops wollen wir uns der Thematik aus unterschiedlichen Blickwinkeln nähern, Initiativen gegen Rechts vorstellen und die Möglichkeit zur Vernetzung geben.

1 <https://www.sdf.de/devides/talk/markus-lanc-114/markus-lanc-vom-14-januar-2026-100> - In diesem Zusammenhang möchte ich an die Sendung „Lanz“ mit Beatrice von Storch vom 14.1.2026 erinnern, in der Wahrheit und fakte News gegenübergestellt werden konnten. Deutlich wird, dass bestimmte deutsche Politiker*innen nicht davor gefeit sind oder davor zurückweichen, falschen Nachrichten anheim zu fallen und diese als wahr zu verbreiten. Die Vorbildfunktion, die Politiker innehaben sollten, die stark mit der Bildungskomponente korreliert, ist damit unwiederbringlich dahin. Wenn die Lüge zur Wahrheit wird: Anderorts werden Menschen bereits direkt aufgefordert, Dinge zu sehen, die so nicht passiert sind: mediale Manipulation, Desinformation, inszenierte Realität, Propaganda.

2 Rosa, Hartmut, Situation und Konstellation, Vom Verscheiden des Spielraums, Suhrkamp Januar 2026

3 vgl. Rosa, Hartmut, Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung, Suhrkamp 2019

4 Karolinska-Institut, Stellungnahme zur nationalen Digitalisierungsstrategie in der Bildung, <https://www.uafuach-s-en.de/2023/07/karolinska-institut-schweden-stellungnahme-zur-nationalen-digitalisierungsstrategie-in-der-bildung/>

5 Die EU hat ein Verfahren gegen X (Elon Musk) eröffnet. Via Grok sollen mutmaßlich KI-generierte Kinderpornografie (Doeftfakes) verbreitet worden sein. Exite: Personen könnten in kompromittierten Chats und Posts namentlich werden.

6 Vgl. z.B. Wolf, Maryanne, Schnelles Lesen, langsames Lesen, Warum wir das Buchlesen nicht verlieren dürfen, München 2019, Buschmann, Florian, Vortrag Digitalität und kindliche Entzückung, Fachtagung 29.2.2024, Frankfurt, DGB-Hans, Baus, Joachim, Wie wir werden, was wir sind, Die Entstehung des menschlichen Selbst durch Resonanz, München 2019 u. a.

7 Albanese, Anthony, tagesschau.de/ausland/australien-verbot-social-media-100.html

8 deutschlandfunk.de/social-media-verbot-in-australien-erfolg-und-vorbild-fuer-deutschland-100.html

9 zeit.de/digital/2025-12/australien-social-media-verbot-schulevertraer-kritik

10 handelsblatt.com/politik/international/australien-47-millionen-konten-geblockt-so-wirkte-das-social-media-verbot-01/100192034.html

11 deutschlandfunk.de/franreich-will-online-plattformen-fuer-unter-15-jaehrige-verbieten-100.html

12 tagesschau.de/ausland/enropa/franreich-social-media-jugendliche-100.html#at_medium=tagesschau&at_campaign=Devicesharing&at_content=SixSharing

13 depolitikaustralien.de/2026-01/grossbritannien-oberhaus-social-media-verbot-kinder-jugendliche

14 Vgl. z. B. handelsblatt.com/politik/international/spanien-social-media-verbot-angekündigt-musk-bleidigt-sanchez-100197388.html

15 zeit.de/digital/2026-02/social-media-verbot-spanien-minderjaehrige-alter-kinder-jugendliche

16 Vgl. z. B. online.digitalfaktellesid_101090014/social-media-nutzung-was-da-passiert-ist-manipulation-101

17 rus.schau-online.de/politik/francreich-bringt-social-media-verbot-auf-den-weg-lauterbach-will-debatte-1200517

18 frankreich-ep-social-media-nutzung-verbot-unter-15-jahrige-plattformen-fussen-11161468.html

19 Vgl. z. B. www.sueddeutsche.de/debatte/soer-zur-bildungspolitik-was-haenschen-nicht-lernt-lernt-hans-simmermer-365ef616-b638-4426-a273-65b721ed811.html

20 Vgl. z. B. tagesschau.de/ausland/enropa/franreich-social-media-jugendliche-100.html Texte S. 2, 3, 4; J. S., Schüler einer 7. Klasse, Erörterung zum Thema „Social Media Verbot für 16jährige“

FÜR

**EINEN BESTMÖGLICHEN TARIFABSCHLUSS – EINE ZEITNAHE UND
VOLLSTÄNDIGE ÜBERTRAGUNG AUF DIE BEAMT*INNEN – EINE BESSERE
FINANZIELLE UND PERSONELLE AUSSTATTUNG ALLER
BILDUNGSEINRICHTUNGEN**

Kommt zur Demonstration

**SA, 21. MÄRZ 2026
BEGINN 12 UHR
AM DGB HAUS
FRANKFURT AM MAIN**

GEGEN**KÜRZUNGEN**

**BEI INTENSIVKLASSEN – BEI GESAMTSCHULEN – BEI AUS- UND
WEITERBILDUNG – BEI DER ALTERSENTLASTUNG VON LEHRKRÄFTEN**



**Jetzt Mitglied
werden!**



**Mehr Infos zur
GEW Frankfurt**

Impressum

FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung
Herausgeber Stadtverband Frankfurt a.M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstraße 38a, 60313 Frankfurt a.M., Tel.: 069 – 29 18 18, Fax: 069 – 29 18 19; E-Mail: info@gew-frankfurt.de
Bürozeiten Geschäftsstelle d. Stadtverbandes: dienstags und mittwochs von 13 bis 18 Uhr
Vorsitzendenteam Sebastian Guttman, Laura Preusker
FLZ Jann Lossdörfer
Satz, Layout und Druck Tausendfüßler Dialogmarketing, tausendfuessler.com

Auflage ca. 5000

Erscheinungsweise 4 bis 5 mal jährlich
Fotos wenn nicht anders angegeben: FLZ
 Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Red. Hinweis: Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als unformatierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor. Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- u. Textmaterialien für die freundliche Überlassung.

Redaktionsschluss Nr. 2-26: siehe Homepage